



**Karin Maag**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Maag: Gesundheitssystem zukunftsfest ausbauen

Koalitionsvertrag ist starkes Signal für bessere Pflege und medizinische Versorgung

Berlin, 07.02.2018

**Karin Maag MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: +49 30 227 71688  
Fax: +49 30 227-76984  
karin.maag@bundestag.de

**Büro Stuttgart**  
Heilbronner Straße 43  
70191 Stuttgart  
Tel.: +49 711-90057470  
Fax: +49 711-90057471  
karin.maag.wk@bundestag.de

### **Zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen und der Veröffentlichung des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD am 07. Februar 2018 erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karin Maag:**

„Unabhängig vom Einkommen und Wohnort werden sich unsere Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auch künftig auf eine gute, flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung verlassen können. Dafür haben wir uns eingesetzt, ohne unser bewährtes Krankenversicherungssystem aufzugeben. Das hätte nichts für die Patientinnen und Patienten gebracht, aber unser Gesundheitswesen für Jahre gelähmt.

In Zukunft werden die Krankenversicherungsbeiträge und der Zusatzbeitrag wieder hälftig vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezahlt. Das stärkt die Versicherten und erhält den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen.

Ein zentraler Punkt ist für mich, auf die Wertschätzung der Pflege hinzuweisen. Unsere Offensive für mehr Pflegepersonal haben wir mit Nachdruck im Krankenhausbereich durchgesetzt: Neben einer vollständigen Refinanzierung von Tarifsteigerungen soll es künftig eine separate Pflegepersonalkostenvergütung geben. Das schafft nicht nur mehr Transparenz für alle sondern soll auch die Wertschätzung für unser Pflegepersonal verdeutlichen. Wir



kommen endlich weg vom Kostenfaktor Pflege hin zum Teil der Wertschöpfungskette im Krankenhaus. Im gesamten Bereich der Pflege ist es uns gelungen, unsere Offensive für mehr Pflegepersonal fest zu verankern. Wir werden uns mit zahlreichen Initiativen für eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung von Pflegekräften einsetzen. Vorgesehen sind dafür unter anderem verbindliche Personalbemessungsinstrumente, Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung und zusätzlich 8.000 neue Fachkraftstellen im Zusammenhang der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen. Ein weiterer wichtiger Punkt für die Angehörigen von Pflegebedürftigen: Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen werden.

Gleichzeitig wollen wir in der stationären Versorgung die Zentrenbildung bei Kliniken fördern, die stationäre Grundversorgung insbesondere im ländlichen Raum erhalten sowie die Zusammenarbeit mit den Niedergelassenen voranbringen.

Damit die flächendeckende Gesundheitsversorgung auf allen Ebenen gestärkt werden kann, ist eine gut erreichbare ärztliche Versorgung unabdingbar. Diese kann aber nur mit Veränderungen auf zukunftsfeste Beine gestellt werden. Dazu gehört für uns eine bessere Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe und eine intensivere Kooperation zwischen Krankenhäusern und Praxisärzten, z. B. bei der Krebsversorgung. Auch die wohnortnahe Geburtshilfe und eine gute Versorgung durch Apotheken vor Ort ist uns bei den Verhandlungen ein entscheidendes Kriterium gewesen. Umso mehr freue ich mich, dass wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln durchsetzen konnten.“